

Holi-Stimme

November 2011, Ausgabe 03/2011

Das Informations- und Diskussionsforum der SPD Lichtenberg

AKTIV FÜR LICHTENBERG

Nach der Wahl des Bezirksamtes besteht die SPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg aus den 17 folgenden Mitgliedern, die bestimmte Politikfelder als Fachsprecher betreuen:

Manfred Becker (Haushalt sowie Kultur),
Blashka Brechel (Soziales),
Henning Fahrenberg (Stadtentwicklung),
Jutta Feige (öffentliche Ordnung und Verkehr),
Teodora Gionova-Busch (Integration),
Jutta Griep (Menschen mit Behinderungen),
Erik Gührs (Jugend),
Kevin Hönicke (Bürgerbeteiligung, Bürgerdienste und Demokratie),
Christian Kind (Wirtschaft und Arbeit),
Sandy Kliemann (Frauen und Genderpolitik),
Gregor Költzsch (Eingaben und Beschwerden),
Dirk Liebe (Bildung),
Anne Meyer (Medien),
Marianne Nedwed (Sport),
Stefan Unger (Umwelt),
Fritz Wolff (Gesundheit) sowie Kerstin Schiwalsky

Die Bezirksverordneten werden in den Ausschüssen durch die Bürgerdeputierten bzw. stellvertretenden Bürgerdeputierten unterstützt, die von der BVV am 15. Dezember gewählt werden.

Als Bürgerdeputierte vorgeschlagen sind:

Christian Baumeier, Andreas Büchner, Wolfgang Engels, Florian Griep, Frank Lewitz, Wolf Meuser, Peter Müller, Brigitta Nöthlich, Christian Paulus, Reimund Peter, Malte Preuß, Matthias Schliebe, Kathrin Söhnel, Karin Wanzlick sowie als stellvertretende Bürgerdeputierte:

Tina Dreßel, Max Krieger und Sebastian Storm

Andreas Geisel ist unser neuer Bürgermeister



Auf Vorschlag der Zählgemeinschaft aus SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen wurde am 10. November durch die Bezirksverordnetenversammlung Andreas Geisel zum neuen Bezirksbürgermeister von Lichtenberg gewählt. Er löst damit Christina Emmrich von der Linkspartei ab, die dieses Amt bisher innehatte. Im Bezirksamt verantwortet er nun die Ressorts Wirtschaft, Personal und Finanzen.

Andreas war in den vergangenen fünf Jahren stellvertretender Bürgermeister und ist bereits seit 1995 als Bezirksstadtrat in Lichtenberg, zuletzt für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr, bekannt.

Mit der Wahl unseres langjährigen Kreisvorsitzenden ist gesichert, dass dem Bezirk ein Neustart gelingt, um das Image Lichtenbergs zu verbessern und die positive Entwicklung Berlins auch auf den Bezirk zu übertragen.

Die BVV wählte gleichfalls Kerstin Beurich erneut in das Bezirksamt. Sie übernimmt zusätzlich zu den bisher von ihr verantworteten Ämtern Schule und Sport sowie Soziales auch das Amt für Weiterbildung und Kultur. Der neu gewählte Vorsitzende der

SPD-Fraktion, Erik Gührs, äußerte sich dazu: "Die Zählgemeinschaft hat sich für die Wahlperiode ehrgeizige Ziele gesteckt. Wir werden nun gemeinsam mit dem Bezirksamt daran arbeiten, die Herausforderungen der kommenden Jahre anzugehen." Wichtige Aufgaben von Bezirksamt und BVV sind die Aufstellung eines ausgeglichenen Doppelhaushaltes, die Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltes und die wohnortnahe Versorgung mit Kita- und Schulplätzen. Ziel der SPD und der beiden Zählgemeinschaftspartner ist auch die anderen demokratischen Fraktion (Linke und Piraten) konstruktiv an diesem Prozess zu beteiligen und die Lichtenberginnen und Lichtenberger zu ermuntern, sich aktiv in diese Entscheidungen einzumischen.

Auf Vorschlag der Zählgemeinschaft hat die BVV 13 Ausschüsse zu je 12 Mitgliedern (Ausnahme Jugendhilfeausschuss) gebildet. Die Ausschüsse für Kultur (Manfred Becker), öffentliche Ordnung und Verkehr (Jutta Feige), Soziales (Blashka Brechel) und Gesundheit (Fritz Wolff) werden von Mitgliedern der SPD-Fraktion geleitet.

Peter Müller

Foto: Marcel Gäding

Nach der Wahl ist vor der Wahl!

Allmählich kehrt in Berlin die Normalität zurück. Die Wahlkampfplakate sind aus dem Stadtbild verschwunden, in den einzelnen Bezirken haben sich Zählgemeinschaften gebildet und es wurden insgesamt 9 SPD Bürgermeister (von 12 möglichen) gewählt. Die Abgeordnetenhausfraktion ist trotz Auszählungsdebakel vollzählig, der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU unterschrieben, Klaus Wowereit erneut Regierender Bürgermeister von Berlin und der Senat nach vielen Personalspekulationen gebildet. Jetzt heißt es, an die Arbeit, um „das 100-seitige Papier mit Leben zu füllen“.

Und in Lichtenberg? Wir können von einem Neuanfang sprechen. Die Zählgemeinschaft aus SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen konnte sich auf einen Kooperationsvertrag einigen und die Führungsrolle im Bezirksamt übernehmen. Zum ersten Mal seit 1992 hat nun ein sozialdemokratischer Bürgermeister das Amt inne. Hinzu kommt noch ein weiteres Mitglied im Bezirksamt, drei Abgeordnetenhausmitglieder (davon zwei direkt gewählt!) und siebzehn Bezirksverordnete in der BVV.

Wir haben allen Grund, selbstbewusst zu behaupten: Die SPD Lichtenberg hat ihre Wahlziele erreicht!

Was war das aber auch für ein dynamischer Wahlkampf! Unsere Kandidaten und Kandidatinnen, die Wahlkampfleitung, das Wahlkampfteam und alle Genossinnen und Genossen, die aktiv beteiligt waren, haben ihr Bestes gegeben. Morgens, mittags, abends im direkten Kontakt mit den Bürgern wurden unzählige Infostände, Podiumsdiskussionen, Stadtteiltage, Kiezspaziergänge, Sommerfeste, Kiezfeste, Bürgerversammlungen, Unterschriftensammlun-

gen und Hausbesuche absolviert. Wir konnten Berliner Spitzenpolitiker für Lichtenberg begeistern: Klaus Wowereit und Sigmar Gabriel kamen nicht nur einmal, sondern (weil es ihnen so gefallen hat) gleich mehrmals, Jürgen Zöllner eröffnete die AWO-Kita, Ulrich Nussbaum besuchte „Viva Viktoria“ und Gisela von der Aue überreichte den traditionellen Frieda-Rosenthal-Preis des SPD-Kreises. Im Internet hatte die SPD ein Wahlportal geschaltet, es wurde getwittert und gepostet.

Lichtenberg war in aller Munde. Die Presse beschäftigte sich sowohl in Fernsehberichten als auch in den Printmedien mit dem Bezirk. Fällt die „Hochburg der Linkspartei“ oder kriegen sie wieder irgendwie die Kurve? Nein, haben sie nicht! Der Auftrag der Lichtenbergerinnen und Lichtenberger war deutlich - eine Veränderung.

Ja, es stimmt: Ein Drittel der Wählerinnen und Wähler haben die Linkspartei gewählt, aber das bedeutet auch, dass zwei Drittel ihnen nicht mehr den Bezirk anvertrauen wollten. Die Wählerschaft verändert sich, neue Ideen und Konzepte werden gesucht. Die Linkspartei hatte sich im Rathaus in den letzten Jahren gemütlich eingerichtet. Das ist nun vorbei. Mag sein, dass Opposition Mist ist, aber auch die Chance, sich zu erneuern und auf dem Boden der Realität herunterzukommen.

Drei Monate nach Ende des Wahlkampfes übernimmt eigentlich ein geregelter Rhythmus den Alltag der politischen Arbeit. Wir müssen aber die Kraft, die wir alle zusammen in den Wahlkampf gesteckt haben, weiter nutzen und aktiv bleiben. Es kommt nun in den kommenden fünf Jahren darauf an, weiter mit den Bür-

gerinnen und Bürgern in Kontakt zu bleiben und für die vielen Vereine und Initiativen im Bezirk ansprechbar zu sein.

Wir sollten uns nicht davor scheuen, Wahlkampfinstrumente auch außerhalb des Wahlkampfes zu nutzen. Der Kreis Lichtenberg kann es sicherlich leisten, einmal im Monat einen Infostand an einem zentralen Ort durchzuführen; das sind zwei Infostände für jede Abteilung pro Jahr. Zudem kann diese Form von Austausch und Bürgernähe als mobile Sprechstunde von Abgeordneten und Bezirksverordneten genutzt werden.

Weiterhin sollte vom Kreis der Besuch der vielen Feste, Empfänge, Diskussionen, Ausstellungseröffnungen und Einweihungen, die im Bezirk stattfinden, koordiniert werden, damit sichergestellt ist, dass die SPD ihr Gesicht zeigt. Die Sitzungen der Abteilungen, der Arbeitsgemeinschaften und der Fraktion müssen, wo noch nicht geschehen, raus aus den Hinterzimmern und rein in den Kiez. So kann der Kontakt zu Vereinen, Verbänden und Bürgerinitiativen weiter ausgebaut und gefestigt werden. Nicht zuletzt sind auch alle Abgeordneten und Bezirksverordneten gefragt, in regelmäßig stattfindenden Bürgersprechstunden als Ansprechpartner für die Menschen in Lichtenberg zur Verfügung zu stehen.

Wenn die Menschen in Lichtenberg merken, dass wir unser Wahlversprechen halten, wenn sie merken, dass wir ihre Probleme ernst nehmen und um Lösungen ringen, dann werden wir bei den Kommunal- und Abgeordnetenhauswahlen in fünf Jahren unseren Erfolg weiter ausbauen.

Teodora Gionova-Busch, Erik Gührs

Die Redaktion der HoLi-Stimme wünscht allen Leserinnen und Lesern eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit sowie einen guten Start in ein erfolgreiches Jahr 2012! Der Neujahrsempfang 2012 wird je nach Eröffnungsdatum des Veranstaltungsortes Ende Januar bzw. Anfang Februar im neu gebauten Kulturhaus Karlshorst statt finden.

Impressum HoLi-Stimme (Mitgliederzeitung)

Herausgeber: SPD Lichtenberg, Rathausstr. 7, 10367 Berlin Tel. 9760 6730, Fax 9760 4664

E-Mail info@spd-lichtenberg.de, Homepage www.spd-lichtenberg.de/holi-stimme

v.i.S.d.P.: Andreas Geisel (Kreisvorsitzender)

Redaktion: Peter Müller, Henning Fahrenberg, Andreas Büchner

Inhalte, Inhalte, Inhalte - Mittun in der AG Ost der SPD!

Am 27. Oktober fanden sich die 12 SPD-Abgeordneten mit Ostbiographie zusammen, um die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Ost in der SPD in die Wege zu leiten, nachdem wir bereits im Mai Michael Müller diese Absicht mitgeteilt haben.

Welche Ziele streben wir mit Blick auf die Vollendung der deutschen Einheit an? Beispiele sind die Beseitigung der Lohnunterschiede zwischen Ost und West, die Lösung der ungeklärten Rentenfrage sowie die Aufhebung der Benachteiligung von Frauen, die in der DDR geschieden wurden

Diese Themen haben wir auch in der Vergangenheit nicht der Linkspartei überlassen. Aber es ist uns bisher nicht gelungen, innerparteilich und darüber hinaus Mehrheiten für die Lösung dieser Probleme zu gewinnen. Allein in Berlin leben 1,5 Millionen Menschen mit Ostbiographie.

Jeder, der sich mit unseren Zielen verbunden fühlt, kann bei uns mitmachen. Wie in der AG Migration ist die Mitarbeit nicht an die Herkunft gebunden.

Wie wollen wir die Zulassung als AG in der SPD erreichen? Wir haben uns als AG in Gründung konstituiert und gemäß § 10 Abs. 1 Organisationsstatut der SPD einen ent-

sprechenden Antrag auf Gründung einer AG Ost beim Landesvorstand eingereicht. Die Richtlinien für unsere Arbeit sind fast wortgleich mit denen der AG Migration.

Welche Gegenargumente und Reaktionen gibt es? Zuerst wurde formal argumentiert: Der Landesgeschäftsführer und seine Mitarbeiter teilten uns mit, dass über die Zulassung einer AG nur der Parteivorstand entscheiden könne. Für die AG Migration, die AG der Schwusos und die AG der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen hat der Landesvorstand allerdings die Gründung einer AG beschlossen. Genau das wollen wir auch. Wir fordern Gleichbehandlung! Hinzu kamen Spaltungsvorwürfe und Unverständnis.

Spalten AG 60plus, Jusos, ASF, AG Migration und alle anderen AGs die SPD? Vertreter des Geschäftsführenden Landesvorstandes (GLV) sehen es als problematisch an, dass die AG Ost für alle offen ist. Wir sehen darin überhaupt kein Problem. Im Gegenteil.

Auf der Sitzung des GLV am 18.11. wurde uns vorgeschlagen, uns nicht als AG, sondern in Foren z.B. im Rahmen des Forums Ostdeutschland bzw. des Forums Einheit der Stadt zu organisieren. Dies haben wir disku-

tiert und betrachten diese Form als ungeeignet, weil das „Forum Einheit der Stadt“ seit mehreren Jahren bereits nicht mehr existiert und das Forum Ostdeutschland, dessen Berliner Vertreter im Vorstand Michael Müller ist trotz größter Kraftanstrengungen der Lösung der benannten Probleme nicht näher gekommen ist. Wir wollen deshalb mit der AG Ost einen neuen Weg gehen.

AG Ost for ever? Nein! Wenn in Ost und West gleiche Lebensverhältnisse hergestellt sind, werden wir die Arbeit beenden. Vorerst haben wir in Kopplung an die Laufzeit des Solidarpakts eine Befristung der Arbeit der AG bis 2020 vorgesehen.

Die Gründung der AG ist kein Selbstläufer. Gewinnt weitere Mitstreiter in Ost und West! Stellt Euch Fragen und Zweifeln! Bringt Euch mit konkreten Inhalten und Aktionen ein, damit die Ungleichheiten zwischen Ost und West endlich beseitigt werden!

Wir fordern den Landesvorstand der SPD auf, uns als AG zuzulassen, um im Rahmen der Parteiwahlen im Frühjahr 2012 ordnungsgemäß einen Landesvorstand der AG Ost wählen zu können. Damit ist eine demokratisch legitimierte Interessenvertretung möglich.

Birgit Monteiro

Stille Helden - Versteckt in Malchow

Das wertvollste, was ein Mensch besitzt, ist sein eigenes Leben. Die Selbstlosigkeit, dieses gegen staatlichen Terror und moralische Verrohung mit dem Überleben eines Bedrängten zu verbinden, ist das edelste Zeugnis von Menschlichkeit. Die Geschichte der Familie Naujocks aus Malchow ist hierfür beispielhaft. Sie versteckten in der Zeit des Nationalsozialismus die jüdische Familie Weiß. Auf Initiative von Frau Röser, Lichtblick e.V., bildeten SPD und Jusos Lichtenberg eine Projektgruppe, welche durch das Studium historischer Dokumente, Experten- und Zeitzeugeninterviews in zwei Jahren die Geschichte der Familie Naujocks aufarbeitete. Als besonders wertvoll erwiesen sich Gespräche mit der in London lebenden Tochter der Familie Weiß, Ellen Perry, sowie den beiden noch lebenden Töchtern der Familie

Naujocks, Irmhild Schulzki und Gisela Kleina. Ergänzt wurde die Aufarbeitung durch SchülerInnen von Berliner Schulen, welche die Laube in der Wiesenhöhe 8 rekonstruierten, in der auf 35m² die Naujocks die Familie Weiß annähernd ein Jahr versteckte.

Die Ausstellung wurde im März 2011 eröffnet und war in der Dorfkirche Malchow zu besichtigen. Durch die Arbeitsgruppe wurden 7 Aufsteller mit Bildern und Textelementen gestaltet. Die Ausstellung fand bezirkswweit breites Interesse und war unter anderem im Rathaus zu sehen.

Unmittelbar im Anschluss an die Ausstellung nahm eine weitere Projektgruppe die Arbeiten an einer Gedenktafel für die Familie Naujocks auf. Auch hier waren neben Mitgliedern der SPD viele Einwohner Malchows beteiligt. Die Gedenktafel

wurde am 05.09.2011 in Anwesenheit von Frau Perry feierlich enthüllt.

Es darf hier auch der Versuch der Linkspartei nicht unerwähnt bleiben, durch das bloße Aufgebot an Mandatsträgern sich selbst nachträglich als Projektinitiator darzustellen. Es bleibt zu hoffen, dass sich dies nicht bei der Aufarbeitung und postumen Ehrung des Polizisten Wilhelm Behr wiederholt, der als Wachtmeister während der NS Zeit mehrfach Menschen zur Flucht vor der Gestapo verhalf.

Solche Projekte zeigen die Bedeutung der Arbeit vor Ort und sie laden zur Mitarbeit ein. Wer Interesse an der Mitarbeit an der Gedenktafel Projekt Behr hat, melde sich bitte bei max.krieger@spd-lichtenberg.de.

Max Krieger

Die AG 60plus und ihr Kultursommer



Wir begannen unsere Kulturreihe diesmal im Juni mit einer Dampferfahrt über die Havelgewässer vom Steg am S-Bahnhof Wannsee.

4 Stunden schauten, aßen, tranken und diskutierten wir bei überwiegend schönem Wetter. Im Monat darauf trafen wir uns im jüngst eröffneten Ägyptischen Museum und

ließen uns von einer sehr kompetenten Fachfrau durch die auch bei Juli-Hitze wohltemperierten Museumsetagen bis zur Nofretete führen.

Im August besuchten wir die Kunstgewerbeausstellung im Schloß Köpenick und im September lauschten wir einem in dieser Branche noch jungen Kriminalautor bei Auszügen aus sei-

nen letzten veröffentlichten Berliner Kriminalromanen. Der Autor ist uns Lichtenbergern noch gut bekannt - es ist unser früherer Europaabgeordneter Christoph Tannert.

Nicht nur "die Senioren" möchte ich herzlich einladen: Macht doch mal mit bei uns, der Plan wird jedes Jahr veröffentlicht und auch vorher kurz bekannt gegeben. Die nächste Veranstaltung der AG 60 plus ist am 20. Dezember ab 15.00 Uhr die traditionelle Weihnachtsfeier. Diese findet im Margaretentreff der AWO statt, welcher Dank der tatkräftigen Mithilfe von Mitgliedern der AG 60 plus nach umfangreicher Renovierung vor Kurzem in der Margaretenstrasse wieder eröffnet wurde und traditionell am 3. Dienstag im Monat Treffpunkt der AG 60 plus ist.

Gabi Kind

Foto: Michael Tenz

Inklusion an unseren Schulen – ein Nachruf

In der letzten HoLi-Stimme berichtete der Artikel „Inklusion an unseren Schulen – ein Zwischenruf“ über die geplante Inklusion von Menschen mit Behinderung. Nach der UN-Behindertenrechtskonvention haben Kinder mit körperlichen oder geistigen Behinderungen das Recht auf dieselbe Schule zu gehen, wie Kinder ohne Behinderung. „Und das ist auch gut so!“ Ich sehe es als große Chance für unsere Gesellschaft, dass wir nicht mehr ausgrenzen, sondern mitnehmen und die Angst vor dem Fremden dadurch abbauen, dass unsere Kinder frühzeitig den Umgang mit Menschen kennenlernen, welche mit mehr oder weniger starken Beeinträchtigungen leben müssen. In meinem Physik- und Mathematikstudium habe ich viele Kommilitonen, die im Rollstuhl sitzen oder auch andere Behinderungen besitzen. Sie können trotzdem den Vorlesungen und Kolloquien folgen.

Die letzte HoLi-Stimme berichtete vor allem von strukturellen Problemen der Inklusion. Ich möchte auf etwas anderes eingehen. Unsere Schulen leiden bereits unter den größeren werdenden Anforderungen, welche durch die Politik den Schulen

übertragen werden. Lehrkräfte sind mittlerweile Sozialarbeiter, Integrationsbeauftragte, Vermittler zwischen Kind-Familie-Gesellschaft, Familiencoach und manchmal leider auch Familienersatz. Dafür werden sie nicht ausgebildet, doch leisten müssen sie es trotzdem. Dass die Lehrkräfte keine professionelle Ausbildung für die zusätzliche Herausforderung, den Umgang mit Menschen mit Behinderungen, haben, ist fatal. Die Verpflichtung zur Inklusion ist nicht neu. Doch hat sich deswegen irgendwas an der Lehrerausbildung geändert? Nein! Haben SPD und Berliner Senat dafür gesorgt, dass die Inklusion in die Studienordnungen der Universitäten aufgenommen werden? Nein! Hat sich jemand darüber Gedanken gemacht, wie die vollgestopften Studiengänge geändert werden können, so dass angehende Lehrerinnen und Lehrer auch sozial geschult werden und nicht nur fachlich? Nein! Bildung ist der einzige „Rohstoff“, den wir in Deutschland haben und doch beachten wir diesen nicht genug. Wir haben enorme Fehler im schulischen Umgang mit den Kindern der sogenannten „Gastarbeiter“ gemacht. Es entstand ein großes

Problem mit Menschen mit Migrationshintergrund. Erst PISA musste uns zeigen, dass unser Schulsystem Menschen benachteiligt, welche aus sozial schwachen Familien kommen. In Berlin wurde die Lernmittelfreiheit abgeschafft. Aber das nur am Rande. Wir sollten nicht wieder die gleichen Fehler machen und Probleme ignorieren. Ein Sozialarbeiter bzw. Sozialarbeiterin für eine ganze Jahrgangsstufe mit ca. 120 Kindern ist zu wenig. Wann verstehen das auch endlich Sozialdemokraten? Bevor wir also das Geld in die Verbeamtung von Lehrkräften aber auch in Kunsthallen, Straßen und Banken stecken, sollten wir in die Menschen investieren. Geben wir den Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen eine wirkliche Chance auf Inklusion und investieren in ihre und unsere Zukunft. Ansonsten haben wir eine Inklusion auf dem Papier, aber nicht in unseren Schulen und in unserer Gesellschaft.

Kevin Hönicke